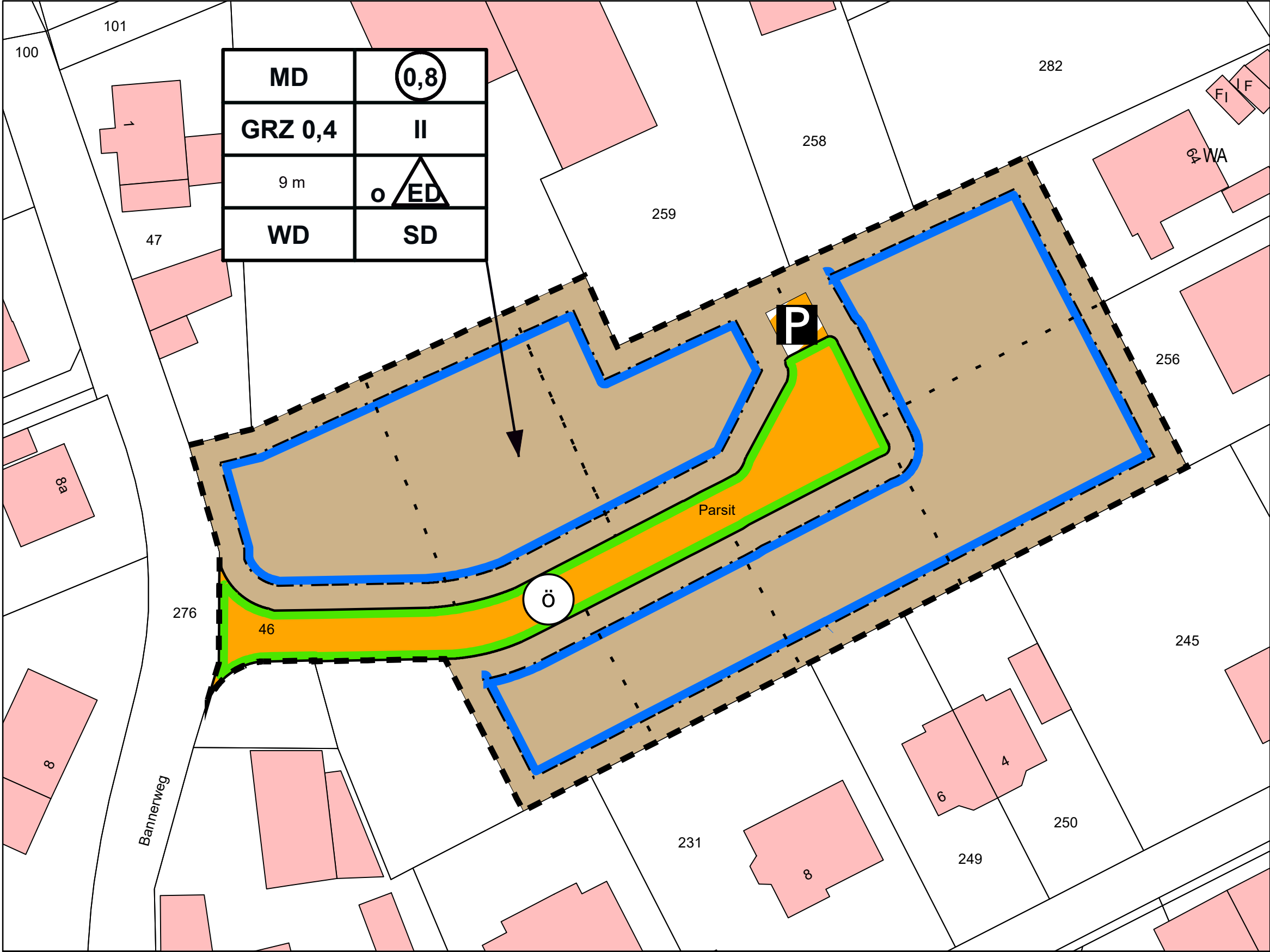


Bebauungsplan Nr. 129 "Östlich Bannerweg"



Art der baulichen Nutzung (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB, §§ 1 - 11 BauNVO)

Dorfgebiete (§ 5 BauNVO)
Ausgenommen sind Gartenbaubetriebe, Tankstellen und Vergnügungstätten

Maß der baulichen Nutzung (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO)

GRZ 0,4

Grundflächenzahl, Höchstmaß

Geschossflächenzahl, Höchstmaß

■

Anzahl der Vollgeschosse, Höchstmaß

9 m

Der Bezugspunkt der Höhe der baulichen Anlage ist die gemittelte Höhe der neuen Straßenverkehrsfläche an der Straßenbegrenzungslinie zwischen den Schnittpunkten der Verlängerung der äußeren Seitenwände des Gebäudes mit der Straßenbegrenzungslinie.

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (§ 9 (1) Nr. 2 BauGB, §§ 22 u. 23 BauNVO)

offene Bauweise, nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig

SD

Satteldach

WD

Walmdach

Baugrenze

Verkehrsflächen (§ 9 (1) Nr. 11 und (6) BauGB)

Verkehrsflächen allgemein

öffentlich

Straßenbegrenzungslinie - auch gegenüber Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung

Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung, öffentliche Parkfläche

Sonstige Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 7 BauGB)

vorgeschlagene Grundstücksgrenze

Verfahrensvermerke

Frühzeitige Beteiligung Die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB und den betroffenen Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB hat in der Zeit vom bis einschließlich stattgefunden. Ense, den Bürgermeister	Aufstellung / Änderungsbeschluss Der Rat der Gemeinde Ense hat in seiner Sitzung am gem. § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 129 „Östlich Bannerweg“ beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am ortsüblich bekannt gemacht. Ense, den Bürgermeister	Offenlegungsbeschluss Die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes mit Begründung wurde gem. § 3 Abs. 2 BauGB vom Rat der Gemeinde Ense in seiner Sitzung am beschlossen. Der Beschluss zur Offenlegung wurde am ortsüblich bekannt gemacht. Ense, den Bürgermeister	Öffentliche Auslegung Der Bebauungsplan Nr. 129 mit Begründung hat gem. § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit von bis einschließlich öffentlich ausgelegt. Ort und Dauer der Auslegung sind am ortsüblich bekannt gemacht worden. Die betroffene Öffentlichkeit wurde von dieser Planung mit dem Schreiben vom unterrichtet. Ense, den Bürgermeister	Beteiligung der Behörden Den Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie den Nachbargemeinden ist in der Zeit vom bis Gelegenheit zur Stellungnahme gem. § 4 Abs. 2 BauGB gegeben worden. Ense, den Bürgermeister
Beschluss zur erneuten Offenlage Der Rat der Gemeinde Ense hat in seiner Sitzung am über die eingebrachten Stellungnahmen aus dem Beteiligungsverfahren zu dem Bebauungsplan Nr. 129 nach § 1 Abs. 7 BauGB beraten und den Beschluss zur erneuten Offenlage gem. § 4 Abs. 3 BauGB beschlossen. Ense, den Bürgermeister	Erneute Offenlage Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Öffentlichkeit wurden gem. § 4a Abs. 3 BauGB in der Zeit vom bis einschließlich mit Schreiben vom erneut beteiligt. Ense, den Bürgermeister	Abwägung Satzungsbeschluss Der Rat der Gemeinde Ense hat in seiner Sitzung am über die eingebrachten Stellungnahmen aus den Beteiligungsverfahren nach § 1 Abs. 7 BauGB beraten und den Bebauungsplan mit seinen planungs- und bauordnungsrechtlichen Festsetzungen gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Ense, den Bürgermeister	Bekanntmachung Inkrafttreten Der Satzungsbeschluss ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB am ortsüblich mit Hinweis darauf bekannt gemacht worden, dass der Bebauungsplan mit Begründung während der allgemeinen Dienststunden in der Verwaltung für jeden zur Einsichtnahme bereitgehalten wird. Die Satzung tritt mit dem Tage der Verwirklichung der Bekanntmachung am in Kraft. Ense, den Bürgermeister	Verfahrensrechtliche Vermerke: Geometrische Eindeutigkeit Stand der Plangrundlage Die Planunterlage entspricht hinsichtlich der Flurstücke, Gebäude und Topographie den Anforderungen des § 1 der Planzeichenverordnung 1990 vom 18.12.1990. Die Festlegung der städtebaulichen Planung ist geometrisch eindeutig. , den Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur

Hinweise

- Nach § 202 BauGB in Verbindung mit DIN 18915 ist der Oberboden (Mutterboden) bei Errichtung oder Änderung von baulichen Anlagen in nutzbaren Zustand zu erhalten und vor Vernichtung zu schützen. Er ist vordringlich im Plangebiet zu sichern, zur Wiederverwendung zu lagern und später wieder einzubauen.
- Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kultur- und/oder naturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauern, alte Gräben, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit, Höhlen und Spalten, aber auch Zeugnisse tierischen und/oder pflanzlichen Lebens aus Erdgeschichtlicher Zeit) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Stadt/Gemeinde als Untere Denkmalbehörde und/oder der LWL- Archäologie für Westfalen, Außenstelle Olpe (Tel.: 02761-93750; Fax: 02761- 937520), unverzüglich anzuzeigen. Das entdeckte Bodendenkmal und die Entdeckungsstätte sind bis zum Ablauf von einer Woche nach der Anzeige unverändert zu belassen, wenn nicht die Obere Denkmalbehörde die Entdeckungsstätte vorher freigibt oder die Fortsetzung der Arbeiten gestattet. Die Obere Denkmalbehörde kann die Frist verlängern, wenn die sachgerechte Untersuchung oder die Bergung des Bodendenkmals dies erfordern und dies für die Betroffenen zumutbar ist (§ 16 Abs.2 Denkmalschutzgesetz NW). Gegenüber der Eigentümerin oder dem Eigentümer sowie den sonstigen Nutzungsberechtigten eines Grundstücks, auf dem Bodendenkmäler entdeckt werden, kann angeordnet werden, dass die notwendigen Maßnahmen zur sachgemäßen Bergung des Bodendenkmals sowie zur Klärung der Fundumstände und zur Sicherung weiterer auf dem Grundstück vorhandener Bodendenkmäler zu dulden sind (§ 16 Abs.4 Denkmalschutzgesetz NW)
- Im Sinne des allgemeinen Artenschutzes Folgendes ist zu berücksichtigen: Zur Vermeidung der Verbotstatbestände muss eine Begrenzung der Inanspruchnahme von Vegetationstatbeständen auf Zeiten außerhalb der Brutzeit (01. März bis 30. September) erfolgen. Rodungs- und Räumungsmaßnahmen auf Vegetationsflächen sind dementsprechend nur zwischen dem 1. Oktober und dem 28. Februar durchzuführen.
- Sollten bei Erdarbeiten Abfallablagerungen oder Bodenverunreinigungen festgestellt werden, ist die Abteilung Abfallwirtschaft des Kreises Soest umgehend zu benachrichtigen. Die vorgefundenen Abfälle bzw. verunreinigter Boden sind bis zur Klärung der weiteren Vorgehensweise gesichert zu lagern.

Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.November 2017 (BGBl. I S. 3634), in der zurzeit geltenden Fassung.

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung – BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), in der zurzeit geltenden Fassung.

Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung 1990 – PlanzVO 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I. 1991 S. 58).

Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juli 2018 (GVBl. NRW S. 421 ff.), in der zurzeit geltenden Fassung.

Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), in der zurzeit geltenden Fassung.

Übersichtsplan

Gemeinde Ense

Am Spring 4
59469 Ense

Tel.: 02938/980-0
Fax.: 02938/4000

Projekt

**Bebauungsplan Nr. 129
"Östlich Bannerweg"**

Planinhalt

Entwurf

Erstellt am

05.04.2024

Maßstab

1:500

Erstellt von

Mats Blume

Lage der Kompensationsmaßnahme

Auf dem Flurstück 649, Flur 1, Gemarkung Niederense ist eine Streuobstwiese auf einer 3.650 m² großen Ackerfläche anzulegen. Art und Umfang der Pflanzmaßnahmen sind im Umweltbericht beschrieben und werden vertraglich gesichert.

